

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die halbspaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die halbspaltige Reklamezeile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Polische Redaktionskassa Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 280 | Donnerstag, den 1. Dezember 1921 | 12. Jahrgang

Die Danziger Eisenbahn unter polnischer Verwaltung.

Mit dem heutigen Tage ist die Eisenbahn des Freistaates entsprechend der Entscheidung des Oberkommissars in polnische Verwaltung übergegangen. Zur Regelung des zukünftigen Verkehrs sind zwischen der Freien Stadt Danzig und der polnischen Eisenbahnverwaltung besondere Vereinbarungen getroffen, die in der Hauptsache folgendes bestimmen:

Die polnische Eisenbahnverwaltung wird die notwendigen direkten Eisenbahnverbindungen mit durchgehender Abfertigung für Personen und Güter auf den Hauptverkehrsrichtungen von Danzig nach Polen und über Polen hinaus sowie umgekehrt nach Möglichkeit beibehalten oder herstellen, und zwar in Bezug auf den Personen-, Schnellzug-, Speisewagen- und Schlafwagenverkehr mindestens in der bisherigen Ausgestaltung, insoweit nicht die Verpflichtungen Polens gegenüber der internationalen Speisewagen- und Schlafwagen-Gesellschaft Änderungen bedingen.

Bei der Gestaltung der Tarife sind die Erfordernisse des Danziger Wirtschaftslebens zu berücksichtigen. Dabei wird die Wettbewerbsfähigkeit Danzigs mit anderen Häfen nach Möglichkeit gefördert werden.

Die polnische Eisenbahnverwaltung wird bei Wagenmangel den Verkehr im Danziger Gebiet in der gleichen Höhe decken wie im polnischen Staatsgebiet.

Die von den bisherigen Verwaltungen der Eisenbahnen auf Danziger Gebiet auf Grund von Gesetzen und Verträgen übernommenen Rechte und Verpflichtungen gehen zugleich mit der Übernahme der Eisenbahnen auf die polnische Eisenbahnverwaltung über.

Die polnische Eisenbahnverwaltung wird dem Delegierten der Freien Stadt Danzig, um ihm die Ausübung der in den Entscheidungen des Oberkommissars vom 15. August und 5. September 1921 ihm zufallenden Obliegenheiten zu ermöglichen, von allen die Eisenbahnen im Bereiche der Freien Stadt Danzig betreffenden wichtigen Verfügungen Kenntnis geben und zwar möglichst vor ihrer Ausführung. Dazu gehören: 1. Allgemeine Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern; 2. durchgehende Änderungen der Fahrpläne; 3. Erstellung von neuen und Änderung der bestehenden Personen- und Gütertarife; 4. allgemeine Anordnungen über Gestaltung von Wagen; 5. Projekte betreffend Neubauten; 6. Abschluss und Änderung von Anschlussverträgen; 7. Vergabe der mit dem Eisenbahnbetriebe zusammenhängenden gewerblichen Unternehmungen — Bahnhofsbuchhandlungen, Bahnhofsrestaurants, — Bahnhofscafés usw.; 8. Neueinstellung von Beamten und Arbeitern. Ueber die Einstellung der Arbeiter werden dem Delegierten vierteljährliche Verzeichnisse zugeföhrt werden, aus denen die näheren Personaldaten hervorgehen. Neueinstellungen von Beamten werden immer vor der Ausführung dem Delegierten bekanntgegeben. In Fragen der Gestaltung der Personen- und Gütertarife und des Personen- und Güterfahrplanes wird die Eisenbahnverwaltung dem Delegierten nach Möglichkeit schon über die vorbereiteten Arbeiten unterrichten.

Die polnische Eisenbahnverwaltung wird im Danziger Binnen- und Vorortverkehr möglichst die bisher benutzten Fahrzeuge verwenden, jedenfalls keine schlechteren.

Die Verpflichtungen, die die bisherige Eisenbahnverwaltung gegenüber der Post-, Telegraphen- und Zollverwaltung der Freien Stadt Danzig gehabt hat, wird die polnische Eisenbahnverwaltung in dem benötigten Umfang übernehmen.

Polen wird bei der Vergabe von Lieferungen und Arbeiten für die im Gebiet der Freien Stadt Danzig gelegenen Eisenbahnen die Danziger Unternehmer bei gleichen Bedingungen vorzugsweise berücksichtigen.

Der Frachtfuhrstempel und die Verkehrssteuer werden vorläufig nach den gegenwärtig bestehenden Danziger und polnischen Gesetzen erhoben. Der im Danziger Gebiet zur Erhebung gelangende Frachtfuhrstempel wird hälftig zwischen Danzig und Polen geteilt. Ueber die Verteilung der Einnahmen aus der Verkehrssteuer werden noch Verhandlungen gepflogen werden.

Im Danziger Binnenverkehr ist bei Frachtfuhr für den Vordruck die deutsche Sprache er-

forderlich, für die Eintragungen nach Wahl des Versenders die deutsche oder die polnische Sprache zulässig. Im übrigen Verkehr ist für den Vordruck die deutsche und die polnische Sprache anzuwenden, für die Eintragungen nach Wahl des Versenders die deutsche oder die polnische Sprache. Im Binnenverkehr nach Deutschland werden polnische Eintragungen von der Versandabfertigung ins Deutsche überföhrt werden.

Die für den Danziger Verkehr erstellten Tarife werden in deutscher und polnischer Sprache ausgegeben.

Aufruf Trojki zu neuen Kriegsrüstungen.

An einem Aufruf Trojki werden die Arbeiter der Frontaufsicht aufgeföhrt, in gesteigertem Maße Gewehre und Munition zu produzieren, angesichts eines möglichen Angriffs der Bourgeoisie. Die Sowjetpresse verlangt ihrerseits die Schaffung einer starken Armee zum Frühjahr.

Neue Ausnahmegeetze in Polen.

Deutsche Blätter melden laut N. T.: Die polnische Regierung und die national-revolutionäre Mehrheit im Warschauer Sejm können sich in Ausnahmeverfügungen nicht genug tun. Ihre neueste Leistung besteht darin, daß die berühmten Buchhausparagrafen 102, 103 und 126, die aus den finsternen Zeiten des zaristischen Absolutismus stammend, im ehemaligen russisch-polen Gebiet der „Freien“ Republik Polen ausgedehnt, sondern auch noch wesentlich verschärft worden sind. Im polnischen Sejm ist eben in erster Lesung ein Ausnahmegeetz angenommen worden, das für jeden „Angriff gegen die Sicherheit des Staates oder gegen die Regierungsbehörden und das Heer“, einzig und allein die Todesstrafe vorseht. Auch die leiseste „Vorbereitung eines derartigen Angriffs“ wird mit zwanzig Jahren Zuchthaus bestraft. Nach den Darstellungen der polnischen Presse stellt sich das Geetz als eine Wahlvorbereitung der Regierung dar, die mit diesem Geetz die Kommunisten treffen und für vogelfrei erklären will. Es ist aber ohne weiteres klar, daß dieses Geetz, ähnlich wie das jugoslawische Ausnahmegeetz, das auch gegen die Magdonier und Albanen angewendet wird, auch gegen die nationalen Minderheiten in Polen, Deutsche und Ruthenen zur Anwendung gelangen kann. Der Justizminister Sokolowski hat zwar zunächst gegen eine derartige Ausnahmegeetzgebung Stellung genommen, sich aber schließlich der Populärstimmung, die im Justizausschuß des Sejms herrschte, geföhgt. Das sind die Methoden, bei denen die polnische Republik nach dreißigjährigem Bestand angelangt ist und die Freiheiten, die Polen nach Oberschlesien mitbringt.

Deutschlands Wirtschaftslage.

In einer Rede in Kassel sagte Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt: Die Textilindustrie beschäftigt nur 80 Prozent ihrer Spindeln, ebenso liege der Baumarkt darnieder. Die Eisenindustrie habe eine große Zahl von Hochöfen nicht mehr im Betrieb. In der Zement- und Kalkindustrie, für die heimische Rohstoffe genügend vorhanden seien, mache sich der durch die Zwangsbelieferung der Entente hervorgerufene Kohlenmangel bemerkbar. Die deutsche chemische Industrie leide unter der ausländischen Konkurrenz. Die Landwirtschaft habe sich dagegen wieder erholt. Die Hauptursache der Preissteigerung liege in der Entwertung der Mark. Der Tiefstand der Mark wirke katastrophal. Amerikanischer Weizen koste z. B. jetzt 14 000 Mark gegen 240 Mark vor dem Kriege. Der jetzige Inlandspreis betrage 7000 Mark.

Die Auslandsschulden Polens betragen, der „Necropolis“ zufolge, nach dem gegenwärtigen Kurs umgerechnet, etwa 1315 Mill. schweiz. Franks, das ist etwa 300 000 Mill. Dollar. Davon entfallen etwa 25 Prozent auf Frankreich und 65 Prozent auf die Vereinigten Staaten. Die Verschuldung des polnischen Staates im Innern beträgt etwa 258 Milliarden polnische Mark.

Pest in Zentralasien. Paul „Asowilia“ ist in Tadschikent die Pest ausgebrochen. Ungefähr 100 Personen sterben täglich an der Seuche.

Das Teuerungsgepenst.

Auf einer Leiter, die an ein Haus gelehnt ist, steht ein Mann und sucht die Höhe des Hauses zu erkennen. Das ist ein einfaches Problem, wenn die Leiter fest auf dem Boden ruht. Jede Stufe auf der Leiter aufwärts bringt ihn dem Dachstuhl näher. Nun aber denke man sich, daß die Leiter nicht auf dem Boden steht, sondern beweglich an einem Strick aufgehängt sei, den ein zweiter Mann auf dem Dach des Hauses festhält. Sobald der Mann auf der Leiter ein paar Stufen höhergeklommen ist, läßt der boshafte Partner auf dem Dach den Strick um ein gleiches Stück nach. Der Erfolg ist jetzt, daß der Kletterer zwar auf der Leiter höher steht, sich aber derselben Stelle der Hausmauer gegenüber befindet, wie zuvor.

Mit diesem Bild läßt sich die Lage des deutschen Arbeiters veranschaulichen. Unaufhaltsam klimmt er die Lohnskala aufwärts. Aber diese Skala steht nicht, wie früher, auf dem festen Boden der Goldwährung, sondern sie hängt an dem nachgiebigen Strick der schwankenden Valuta. Die Arbeiter erkämpfen sich einen allmählich höheren Lohn, aber bald darauf gibt die Valuta nach; die Mark, auf der die Lohnhöhe beruht, stürzt in die Tiefe und damit ist das ganze Bemühen verfehlt.

Wenn man heute den Lohn des Arbeiters in eine der noch bestehenden Goldwährungen, z. B. in Dollars, umrechnet, dann würde sich ergeben, daß ein hochqualifizierter Arbeiter mit 500 bis 600 Mark Wochenlohn für 2 Dollar gleich 8 Goldmark, ein schlechtgeleiteter Arbeiter mit 250 bis 300 Mark Wochenlohn für 1 Dollar gleich 4 Goldmark die Woche arbeitet. Mit einem Wochenlohn von 4 bis 8 Mark hätte selbst in den besten Friedenszeiten ein Arbeiter glatt verhungern müssen. Wenn der Arbeiter heute trotzdem noch nicht ganz verhungert ist, so liegt das daran, daß der Wert der Mark im Inlande immer noch etwas höher ist als im Ausland. Am Dollar gemessen, ist die Mark wenig über 1 1/2 Pfennig wert, d. h. etwa den siebzigsten Teil des früheren Wertes. Da im Inlande unsere Preise aber noch nicht auf das zehnfache gestiegen sind, sondern durchschnittlich auf das Zwanzig- bis Dreißigfache, so gilt im Inlande die Mark immer noch den zwanzigsten bis dreißigsten Teil ihres früheren Wertes, also 3 bis 5 Pfennig.

Dieser Unterschied der Inlands- und der Auslandsvaluta macht es den Ausländern möglich, in Deutschland für ihre Bedürfnisse fabelhaft billig einzukaufen. Aber auf diesem Unterschied beruht auch die Möglichkeit des deutschen Arbeiters, sein Leben überhaupt zu fristen. Wären die Inlandspreise dem Auslandskurse der Mark bereits angepaßt, so könnte der Arbeiter nicht einmal bei Brot und Wasser seine Existenz erhalten.

Für die gesamte lohnempfangende Bevölkerung, für Arbeiter, Angestellte und Beamte ist deshalb die Hochhaltung der Inlandsvaluta eine Lebensfrage. Die Hochhaltung der Inlandsvaluta aber bedeutet nichts anderes als Niederhaltung der Preise für die notwendigsten Bedürfnisse. Hier haben die viel angefeindeten staatlichen und kommunalistischen Betriebe Mustergültiges geleistet. Die Sätze der Eisenbahn, der Post betragen noch nicht einmal das Zehnfache des Friedenspreises, hier ist die Mark noch immer über 10 Pfennig wert. Darüber schrei die bürgerliche Presse Zetermordio. Aber man nenne uns einen einzigen privaten Betrieb, der noch für das Zehnfache des Friedenspreises seine Leistungen abgibt! Die Verstaatlichung oder Sozialisierung der Betriebe ist daher ein gutes Mittel, die Inlandsvaluta zu heben. Auf einer entstaatlichten Eisenbahn würde man sehr bald den dreifachen Fahrpreis gegen den Friedenspreis zu zahlen haben.

Das wirksamste Mittel zur Hebung der Inlandsvaluta ist aber die Zwangswirtschaft. Wir sehen das deutlich dort, wo sie noch ungebrochen ist, nämlich bei den Wohnungsmieten. Die Wohnung kostet heute noch nicht das Doppelte des Friedenspreises, hier ist also die Mark noch über 50 Pfennig wert. Ohne die Niedrighaltung der Wohnungsmieten durch die Zwangswirtschaft wären Arbeiter, Angestellte und Beamte schon längst am Ende ihrer Existenzmöglichkeit.

Auf dem noch wichtigeren Gebiet der Lebensmittelversorgung haben die Bürgerlichen ihre Macht benutzt, um die Zwangsbewirtschaftung fast rest-

los abzuschaffen. Die Folgen sehen wir heute. Die Feuerungswelle kommt und die Fässer sind zerflossen. Gewiß hätte auch die Zwangswirtschaft sich den Einwirkungen der katastrophalen Marktentwertung nicht günstig entziehen können. Aber unter Zurückhaltung der Zwangswirtschaft hätten wir ein langames Ansteigen der Lebensmittelpreise gehabt, nicht das schnelle sprunghafte Emporschnellen. Doch die Bevölkerung ist zum großen Teil selber schuld, daß es so gekommen ist. Die Kaufmänner und auch viele Männer haben sich durch das Bankrotbild der gestürzten Schlächterläden und Vertilgungsbüro von den bürgerlichen Parteien eintreten lassen. Jetzt erleben wir die Mehrheit: Die Läden sind noch immer voll, aber nur deswegen, weil es mindestens neun Rebuteln der Bevölkerung an Geld fehlt, um die hochgetriebenen Preise bezahlen zu können.

Alles, was wir Sozialdemokraten bei der Abschaffung der Zwangswirtschaft vorausgesetzt haben, trifft jetzt ein. Der Preissteigerung, dem Wucher sind Tür und Tor geöffnet. Jetzt ist guter Rat teuer, denn die Zwangswirtschaft war viel leichter beseitigt, als sie wieder aufgebaut werden kann. Wegen den Wucher kann man wohl mit Verordnungen und Strafgesetzen vorgehen, aber man muß sich darüber klar sein, daß der Wucher das Emporschnellen der Preise nur verdrängt, das der freie Handel als solcher hervorruft. Ebenso wenig, wie man beim Wucher die Preise bestimmen kann, wo der Wucher beginnt, läßt sich der Wucher begrifflich vom freien Handel einwandfrei trennen.

Die bürgerlichen Parteien, die gegen jede Wiedereinführung von Zwangsmaßnahmen ein durchdringendes Geschrei erheben, sollten sich selber sagen, daß sie damit die Arbeiterkraft automatisch auf das einzige Gebiet treiben, wo ihr noch eine Besserung winkt, wenn die Zensur nicht aufzuhalten ist, auf das Gebiet des Lohnkampfes. Die Arbeiterkraft selbst weiß, daß Lohnverbesserungen, die sofort wieder durch die Zensur verdrängt werden, kein großer Trost sind. Aber wenn die Zensur auch ohne Lohnverbesserung rapide fortschreitet, dann bleibt ihr gar nichts übrig, als durch höhere Lohnforderungen einen Ausgleich zu suchen. Dabei kann es natürlich ohne schwere Erschütterungen im Wirtschaftszusammenhang nicht abgehen. Gerade die bürgerlichen Parteien hätten also das dringendste eigene Interesse, sich von ihrem Falsch des freien Handels abzuwenden und die Sozialdemokratie in ihrem Bestreben zu unterstützen, die Zensur durch sozialistische Maßnahmen einzudämmen.

Kommunistisches Doppelspiel.

Das kommunistische Zentralorgan in Berlin weiß seit den Enthüllungen des „Vorwärts“ vor Verlegenheit nicht mehr aus noch ein. Es überläßt sich von Tag zu Tag in den tödlichen Widersprüchen. Das Größte an Ueberraschungen auf diesem Gebiet leistet es sich durch einen Zeitartikel von Walder, in dem auseinandergelegt wird, die kommunistische Partei habe „freiwillig die Fächer der Märzaktion eingestanden und in gähm und leidenschaftlichem Ringen daraus die praktischen Folgerungen gezogen“. Mit „seiner Auffassung, die glaubte, man könne proletarische Massen zu revolutionären Aktionen zwingen“, sei „rückwärts los gebrochen worden“.

Als am Sonntag hatte die „Mete Wahn“ die Märzaktion auf das fanatischste verteidigt, noch am Tage zuvor hatte sie sich mit dem Massenmörder Eberlein vollständig identifiziert. Außerdem weiß ein jeder, der die Vorgänge bei den Kommunisten verfolgt hat, daß die Märzaktion zum Gegenstand lebhafter innerer Kämpfe geworden war, bei denen eben die Zentrale, die das Märzverbrechen auf dem Gewissen hat, siegte, und die Opposition hingerichtet wurde. Bei der neuesten Erklärung der „Mete Wahn“ kann es sich nur um einen katastrophalen Umfall handeln, der durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ bewirkt wurde, oder aber

um ein kaltblütig bewußtes Auf-den-Kopf-stellen der Wahrheit.

Entscheidend wichtige Gründe sprechen für den zweiten Fall. Grundsätzlich sei nur ganz allgemein gesagt, daß für die Annahme, die KPD. denke gar nicht an Umkehr und Ruhe, sondern bereite neue Märzaktionen vor, überaus wichtige Anzeichen sprechen. Die Politik der Zentrale war bis in die allerletzte Zeit hinein darauf eingestellt, sich den Juden einmündlicher Harmlosigkeit zu geben und gewissermaßen nur als letzter radikaler Antriebs der Politik der beiden sozialdemokratischen Parteien zu erscheinen. Den Anhängern wurde inwieweit zu verstehen gegeben, daß man diesen äußeren Anschein von „Opportunismus“ nicht allzu tragisch nehmen dürfe, der Winter werde schon revolutionäre Vorgänge größten Stils zeitigen, zunächst aber gelte es, die in den Reihen der Sozialdemokratischen und Unabhängigen Partei marschierenden Arbeiter auf eine Linie mit den Kommunisten zu bringen. Die Veröffentlichungen im „Vorwärts“ dürften die politische Aktionsfähigkeit der KPD. zerbrechen und der Arbeiterkraft mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt haben, unter welcher einer gemeingefährlichen Führung sie sich befindet, wenn sie sich ins Schlepptau der Kommunisten begibt.

Österreichischer Parteitag.

In Wien tagte der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie am Sonnabend und Sonntag. Von Bedeutung war das Referat Ederich über die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik. Betreffende Resolution gelangte zur Annahme: „Ingefolge der Geldentwertung, welche die Volkswirtschaft der Katastrophe zutreibt, haben die Organisationen der Arbeiterkraft beschlossen, einen Finanzplan auszuarbeiten. Er ist kein Programm einer sozialistischen Finanzpolitik, das unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen unausführbar wäre, sondern enthält eine Reihe von Vorschlägen, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft durchführbar sind und welche die Wirkung hätten, die Banknoteninflation, die Hauptursache der Geldentwertung, einzudämmen. Alle Organisationen der Arbeiterbewegung Deutsch-Österreichs sind verpflichtet, diese Aktion in ihrem Wirkungsbereich tatkräftig zu unterstützen. Es werden gefordert:

- 1. Die Rechte der Arbeiter und Angestellten dürfen durch den Abbau der Lebensmittelmittel, die die Regierung bisher geleistet hat, keine Minderung erfahren.
- 2. Die Entschädigung der Arbeiter und Angestellten für den gegenwärtig an ihre Kinder geleisteten Staatszuschuß zur Verbilligung der Lebensmittel ist durch eine im Anschluß an die Krankenversicherung zu organisierende Kinderversicherung sicherzustellen.
- 3. Für die Dauer der Unbekanntheit des Geldwertes sind die staatlichen Lebensmittellieferungsorganisationen unbedingt aufrechtzuerhalten, um die Verteilung der Minderleistungen zu gewährleisten.

Friedrich Adler referierte über die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien. Sie habe sich seit ihrem ersten Kongreß konsolidiert. Neue Parteien können sich an sie anknüpfen. So hätte sich auch jetzt in Polen eine IZP. gebildet. Die Dritte Internationale hat es verstanden, ihren Einfluß auf die Massen ebenso rasch zu verlieren, wie sie ihn gewonnen hatte. Nicht alles, was die Dritte Internationale sagt, ist falsch, sowie nicht alles richtig ist, was die Zweite sagt. Wir wollen eine allumfassende Internationale, einen Neubaubau, eine Aktionsgemeinschaft, einen Aktionsausschuß aller sozialistischen Parteien. Die italienische Partei und die sozialistische Partei Amerikas wollen dasselbe. Eine Entschließung, die den Beitritt der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Österreichs zur Internationalen Arbeitergemeinschaft billigt, wurde angenommen. In den Parteivorstand wurden gewählt: Adler, Bauer, Ederich, Ellenbogen, Renner, Neumann, Zeig, Skarek.

Der Washingtoner Abrüstungsschwindel.

London, 29. Nov. Neuer Bericht aus Washington: Es verlautet, daß die französische Delegation für Frankreich eine Großkampfschiffbauangelegenheit, die der japanischen gleich sei. Die italienischen Vorschläge sehen, wie gemeldet wird, eine Großkampfschiffbauangelegenheit vor, die wiederum der französischen gleich sei. Neuer zutreffend geht der französische Standpunkt dahin, daß nichts dagegen einzuwenden ist, daß Italien eine ebenso große Atomkraftmacht besitze, wie Frankreich, d. h. 200.000 Tonnen an Großkampfschiffen und 75.000 Tonnen an Unterseebooten.

Newport, 28. Nov. Associated Press meldet aus Washington: Bismarck sprach in einer Rede über die Möglichkeit, ob Deutschland später an der Washingtoner Konferenz teilnehmen könnte, und sagte: Deutschland hätte keine besondere Interessen in Washington, da seine Vord- und Seeverehrung durch den Vertrag von Versailles festgelegt sei und diese Konferenz eine Revision des Vertrages nicht in Erwägung ziehen würde.

Los von Moskau!

Was die kommunistische Arbeitergemeinschaft verlangt.

Die kommunistische Arbeitergemeinschaft, das heißt, diejenige Gruppe der kommunistischen Partei, die infolge des Märzputsches und der durch ihn offenbarten völligen Abhängigkeit von Moskau sich von der Partei getrennt hat, hielt vor einigen Tagen in Berlin eine Konferenz ab. Eine Resolution, die dort angenommen wurde, erklärt, daß die Arbeitergemeinschaft nicht die Gründung einer eigenen Partei anstrebt, sondern bei dem zurückgegangenen Ansehen der kommunistischen Internationale nur im Wege der Zusammenfassung eine revolutionäre Massenpartei für möglich hält. An die kommunistische Partei werden deshalb folgende Grundforderungen gestellt:

- 1. Völlige materielle Unabhängigkeit von der kommunistischen Internationale.
- 2. Unterstellung aller von auswärtigen kommunistischen Organisationen (auch Organen der kommunistischen und roten Gewerkschaftsinternationale) erscheinenden Literatur unter die Mithkontrolle der deutschen Parteileitung.
- 3. Sicherheit gegen alle offenen oder verdeckten organisatorischen Eingriffe des Zentralerekutivkomitees der kommunistischen Internationale neben, außerhalb oder gegen die Organe der deutschen Sektion.
- 4. Programmatische Festlegung einer Politik, die die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter in Deutschland ermöglicht, unter ausdrücklichem Verzicht auf alle politischen Bestrebungen im Sinne der Märzaktion.
- 5. Festlegung einer Gewerkschaftspolitik, die unbeschadet aller revolutionären Ziele die organisatorische Einheitlichkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften aufrechterhält.

Es ist klar, daß jede einzelne dieser Forderungen genau das Gegenteil von dem verlangt, was die kommunistische Partei Deutschlands als geordnete Sektion der zahlenden Moskauer Internationale bisher praktisch tut.

Wo die abgetretenen deutschen Schiffe bleiben. Durch die Entente sind Belgien 17 deutsche Schiffe zugeleitet worden. Die belgische Regierung hat jetzt an die belgische Reederei Adolf Depper die Dampfer „Ehrenfels“, „Sonnenfels“, „Greifenfels“, „Abyfels“, „Pyrgos“, „Marlsburg“, „Turin“, „Bremen“, „Peterhof“, „Minerva“, „Liberia“, „Aronia“ und „Mars“ für 10 1/2 Millionen Francs verkauft. Die Reederei Royal Belge hat zum Preise von 3 Millionen Francs die Dampfer „Diris“, „Sydney“, „Itauri“ und „Erfurt“ angekauft.

Wenn einer es schlau macht.

Eine lustige Geschichte von Ludwig Henggruber.

(Fortsetzung.)
Nun, der Dieter war das Äußerste an der Woge zwischen dem Herd und dem Wirt, und kam die ins Gleichgewicht, so stand er oben auf! Das stand fest, Geld, wenn er welches besaß, hatte er nicht, weil er einer von den beiden anderen, aber auf die Wirtschaft — das lagte ihm sein Vater nach — verstand er sich, und unglaublich angenehmer war es doch, statt sich vom Herd mit mittelbarem Genuß und jämmerlicher Stimme hören zu lassen, wenn einem der natürliche Mensch die Bannigkeit hinwegnehmen mochte, daß die Augen, die anfangs vor Trauer trüb waren, zuletzt voll Lust und Freude standen, und angenehmer war es auch, statt dem Wirt seine kindlichsten Überlegenheiten ausstrahlen zu lassen, durch einen als Scherz hingeworfenen Satz und Witz über die Züge hinwegzutragen zu werden. Was gab der Mann für einen lustigen Witz? Und schließlich lauterer wie der Herd und der Wirt war er auch!

Trotzdem kam die Woge nicht zur Ruhe, die Schalen für Herd und Wirt schwebten bedenklich, und das Äußerste kam dabei immerfort stief zu stehen, denn der Gleichgewichtssohn brachte nicht nur was ins Gleichgewicht, sondern verdiente noch außerdem, der Wirt kam auch nicht mit leeren Händen, und hatte volle Keller und tragende Weingärten; die Wirtin vermittelte selbst in ihrem eigenen Gedanken jede Entscheidung und schob sie hinaus bis auf die Zeit, wo sie eben nimmer zu umgehen sein werde, dann würde sich ja alles schiden, der Unfall sollte entschiden, wer es von den dreien über die beiden anderen darbrachte, sie ging ja für alle Fälle sicher, da ihr alle gleich anständig waren! So zeigte sie sich denn jedem gleich gut.

Dieß Verhalten der Wirtin aber machte es den drei Stammgästen vollkommen klar, wie die Sache für jeden von ihnen stand. Den beiden Nebenbuhlern die Wirtin zu verlieren, daran konnte keiner denken, denn jeder mußte darau

aus sein, von ihr Gutes verlauren zu lassen und ernstlich das zu tun, wenn nur ein zweideutiger Witz über sie fiel; so blieb nichts über, als der Wirtin die beiden Nebenbuhler zu verleiden; und, da das schlaue Weib es darauf abgesehen hatte, es mit keinem vorzeit zu verderben, so war das ein harter Satz Arbeit.

Die drei bewachten sich gegenseitig; sie waren sich stets auf der Zerr, wie es, der Redensart nach, die Politiken den Verbrechern sein sollen, und stets vor einander auf der Hut, wie es, leider tatsächlich, die Spigebuben vor der Polizei sind. Trat der eine in die Gaststube, so kam der zweite schon um die nächste Ecke, und der dritte — ja! schon am Tische. Sie lernten sich allmählich kennen. Wenn sich zwei zufällig, was freilich außerordentlich selten geschah, früher zusammenfanden, so kam ein frommer Christenmensch, dem es vergönnt gewesen wäre, ihr Gespräch mit der Wirtin zu beobachten, die erbauliche und tröstliche Bemerkung machen konnten, daß Gott in seiner Weisheit das schwache, menschliche Herz so einzurichten wußte, daß es selbst in Laster und Untugenden das antreiben muß, was die Tugend vordreht, denn so oft sich von den drei Nebenbuhlern ihrer zwei trafen, so war es doch nur die Feindschaft gegen den dritten, welche sie die gegenseitige Abneigung reichlich überwinden und Freundschaft schließen ließ, und wenn sie auch dann den Schmiedenden zusammen nach Kräften verleumdeten, so strebten sie schließlich doch nur die Erfüllung des Gebotes an: Liebe deinen Nächsten, denn der war die Wirtin, die neben dem Tische stand.

Schade nur, daß diese mit Redensarten, wie „hinter dem Rücken sagt man ein'm oft viel nach“, „es ist mit alles a' glaub'n, was d' Frau' reden“ — sich immer des Abwehrenden anrühm. Mit diesem Hinterbacken verging die Zeit, und es war schließlich ganz erklärlich, daß es den drei Geseßen vor ungeduldiger Erwartung in ihren Jacken tiefer zu enge ward, als eines Abends die Wirtin, früher wie sonst, den Keller schloß und aus der Gaststube ging, nachdem sie zuvor gesagt: „Denn ist der erste Gedanktag vor mein'm Mann sein'm Verherben. Da schiedt sich's doch, daß ich keiner armen

Seel' im Gebet gedent' und auch die Kinder dazu verhallt. Aemerl, wie die Zeit vergeht! Mein', ich hatt' nit gedacht, daß ein Jahr in der Trauer so schnell um wär', wie ein anderes. Bin nun nengierig, was mir das jetzige bringen wird? Na, wie Gott will! Gute Nacht, Leute!“

„Zapperment, jetzt kann mer doch reden!“ dachten der Herd und der Wirt und der Dieter. Früher wär's nit schidam gewesen und hätt' können übel aufgenommen werden, aber morgen schon is's erlaubt, und Eil zeigen ist da besser, als sich Weil' lassen!

Und jeder dachte: Morgen red' ich, und es gilt nur, früher aufzustehen, als die anderen zwei.
Der Herd und der Wirt zogen eifrig ihre Geldbeutel und riefen nach der Kellnerin, um die Zechen zu begleichen, der Dieter aber bestellte eine Flasche vom „Westen“ und, sich behaglich auf dem Stuhl setzend, sagte er: „Leute, so dumm sind wir wohl keiner, daß wir nit wüßten, wie es mit jedem von uns bestellt ist, ich mein' im Absehen auf selbe mudele, saure und freudige Wirtin. So jung wie heut kommen wir nimmer zusammen und auch wohl nit so glücklich und unneidig, denn jetzt muß sich ja doch bald weilen, wer der Wirt im Nord is. So woll'n mer denn den Wein da gemeinschaftlich trinken — zahl'n in' ich'n — auf der Wirtin ihr Wohlsein und auf das selbe vom künftigen Wirtin „zum blauen Stern“; noch wissen wir nit, wer derselbe sein wird, und kann sich jeder denken, er laßt dabei sich selber hochleben!“

Als die Flasche leer war, und Dieter noch keine Anstalten zum Abgehen traf, sondern nach einer zweiten vollen Flasche rief, da wurden der Herd und der Wirt ruhig, und als gar der ehemalige Wachmeister der Dirne, als sie den Wein brachte, zuraunte, aber so, daß es auch die Nebenbuhler den leicht hören konnten: „Was meinst, Rudi, wer sich gar nit niederlegt, braucht nit erst aufz'stehn, und wer gleich am Tische bleibt, erspart sich'n 'Lang danach?“ Da hatte e. die beiden anderen auf ihren Zügen festgenagelt und feierliche mehr daran, sich da anzusetzen und zu gehen.
(Fortsetzung folgt.)

Neuordnung der Beamtenbefoldung.

92. Sitzung des Volkstages

am Mittwoch, den 30. November 1921.

Vor Eintritt in die Verhandlungen gibt der Präsident bekannt, daß nach einer Vereinbarung im Ausschusse, auch das Gesetz zur Abänderung des Gerichtslosgesetzes und das Kartoffelverforgungsgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Ferner sollen das Beamtenbefoldungsgesetz und die Vorlagen über das Dienstverkommen der evangelischen und katholischen Geistlichen gemeinsam beraten werden; über das Ruhegehalt der Senatoren und die Abänderung der Verfassung soll ebenfalls gemeinsam verhandelt werden. Das Haus war damit einverstanden.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gerichtslosgesetzes wurde ohne Ansprache dem Rechtsausschusse überwiesen.

Das Haus beschließt sich alsdann mit der

Neuregelung der Beamtenbefoldung.

Abg. Rümke (Folk.) beantragt die Aufbesserung der Beamtengehälter mit der Vorlage der Beamten. Dazumöge sich an Deutschland ein Vorbild nehmen, wo die neue Beamtenbefoldungsordnung nach einjähriger Beratung im Ausschusse und Plenum verabschiedet wurde. Die deutsche nationale Fraktion werde keinen Abänderungsantrag stellen, um den Beamten schnell zu helfen. Mehrere beantragen Überweisung des Gesetzentwurfes an den Hauptausschusse.

Vizepräsident Dr. Niehm gibt einen kurzen Überblick über den Gesetzentwurf und betont, daß er sich eng an die Befoldungsregelung im Reich und Preußen anlehne. Mehrere hebt hervor, daß das Gesetz rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 haben soll. Mehrere bitten, das Gesetz schleunig zu verabschieden mit Rücksicht darauf, daß auch die Gehaltsregelung der Angestellten mit die sem Gesetz verbunden ist.

Abg. Schröderdorff (F. P.) legt Wert darauf, daß die Vorlage so schnell als möglich verabschiedet wird. Der Gesetzentwurf enthält eine Reihe von Mängeln, die wir beheben möchten. Deshalb empfehle die Deutsche Partei die Einführung eines Paragraphen, der die Möglichkeit einer sofortigen Revision gibt, wenn sich Mängel herausstellen. Mehrere wünschte, daß den Kommunisten zur geistlichen Pflicht gemacht wird, ihre Beamten gleich den Staatsbeamten zu befordern.

Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion.

Abg. Gen. Nagroßki: Auch meine Freunde stehen einer Regelung des Dienstverkommens und der Beamtenbefoldung der Freistaatsbeamten unparteiisch gegenüber. Auch wir haben es bedauert, daß der Senat nicht schon längst Zeit gefunden hat, dies Dienstverkommen nach preussischem Muster vorzulegen, und daß er hiermit bis zum Oktober 1921 gewartet hat. In Preußen sind schon zwei bis dreimal die Gehaltsbeschlüsse für die Beamtenchaft genehmigt worden, während hier mit Vorbehalt gearbeitet wurde. Wir verstehen, daß die Beamtenchaft von dieser vorläufigen Befoldung ihrer Zulagen, die ihnen auf Grund des Dienstverkommens zugesprochen sind, nicht zu leben können. Wenn man aber diese Zulagen von 11 Seiten zur Hand nimmt, so kann man es doch seiner Partei verdenken, daß sie auch überlebensfähige Mittel, die sie klüßern will und auf der Verwirklichung sie dringen muß, und so wird auch meine Fraktion in dem Ausschusse über die einzelnen Paragraphen noch einige Worte zu sagen haben. Auch wir verstehen es, daß die Beamtenchaft gerade in diesem Monat in einer

Lebensnotlage

ist. Soweit es sich um die Beamten handelt, die zu den mittleren und unteren Beamtentypen gehören. Die Entwertung der Mark nimmt weitere Rückschläge, der Anwerterlauf in Danzig hat bedeutet oder in weichen zu sein, erledigt. Die Beamten drängen nun darauf, möglichst schnell Geld in die Hände zu bekommen. Wir verstehen das, denn immer hat unsere Fraktion sich an der Spitze der Beamten, die Grund zur Beschwerde hatten und die in Not geraten waren, immer haben wir versucht, Mittel zu schaffen. In dieser Angelegenheit von Staatsbürgern zählen auch die Beamten. Was uns aber dieses Gesetz unannehmbar macht, das ist die Einkürzung der Senatorengehälter in diese Vorlage! Die Senatorengehälter sind teilweise bewilligt worden durch ein besonderes Gesetz. Man hat auch heute wieder, der nächste Punkt der Tagesordnung beweist es, ein besonderes Gesetz für die Ruhegehaltsbeschlüsse der Senatoren vorgelegen. Wir haben kein Verständnis dafür, wie der Senat für seine hauptamtlichen und nebenamtlichen Senatoren (Abg. Nagroßki: die Freiheit besitzt. — (Stimme des Präsidenten.) — nein — den Mut besitzt, dieses Gesetz hier mit der Beamtenbefoldung zu verknüpfen. Ich bin nicht böswillig genug, um anzunehmen, daß er denkt, daß er in das große Mittel für die Beamtenchaft, daß wir ja auch empfinden, auch mit aufgenommen werden wird. Wir können unter keinen Umständen diesem Gesetz unsere Zustimmung geben, wenn die Senatorengehälter nicht daraus verschwinden. In der Begründung zu diesem Gesetz stehen Sie ja, wie die Beschlüsse eigentlich aussehen. Während bis Gruppe 7 der Befoldungsordnung für die einzelnen Personen die Zulage nicht einmal 8000 Mark im Jahre ausmacht, und das Einkommen eines verheirateten Beamten mit 3 Kindern sich auf 95298 Mark pro Jahr beläuft, abzüglich der Steuern, würde nach diesem Gesetz das Gehalt eines hauptamtlichen Senators sich auf 97702 Mark belaufen. Er würde 11200 Mark Zulage erhalten, während die Befoldung eines Beamten in Gruppe 7 und sogar in Gruppe 8 diese Summe der Zulage für einen hauptamtlichen Senator nicht einmal erreicht. Ich glaube, einen ähnlichen Widerspruch in der Begründung können wir nicht finden. Wir werden im Ausschusse mitarbeiten an der Verbesserung dieses Gesetzes. Wir werden aber unter keinen Umständen zulassen, daß nur, nur damit die Beamten rechtzeitig ihre erhöhten Bezüge be-

kommen, die Senatorengehälter dabei erhöht werden, damit die Beamten endlich einmal wissen, was sie eigentlich zu bekommen haben. Aus diesem Grunde werden wir die Senatorengehälter nicht schlucken. Es wird dem Senat vorbehalten bleiben, sich bei seinen Beamten zu rechtfertigen, weshalb er da nicht zurückgetreten ist mit seinen Anträgen aus diesem Gesetzentwurf. Wir haben dem Senat kein Gehalt bewilligt, wir können ihm auch keine Zulagen bewilligen. In den zwei anderen Punkten der Tagesordnung, die hier mit einbezogen sind, die Vereinfachung von Mitteln zur Aufbesserung des Dienstverkommens der Geistlichen der evangelischen Landeskirche, desgleichen der katholischen Kirche und der Kirchenbeamten, haben wir kein Wort zu sagen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ebenso, wie alle anderen Konfessionen oder konfessionellen Zentren usw. sich selbst erhalten müssen, daß auch die evangelische Landeskirche und die katholische Kirche ebenso die Mittel selbst aufbringen müssen zur Befoldung ihrer Beamten und Angestellten, wie die Israeliten, Kreistatthalter und andere. Wir hoffen auch, daß das Gesetz über die Gehaltsbeschlüsse recht schnell im Ausschusse erledigt wird. Es kann aber nur schnell erledigt werden, wenn auch der Senat sein Unrecht einseht und sich aus dieser Vorlage selbst entfernt. (Bravo!)

Abg. Schille (Zentr.) erklärt, daß die Bedenken der Beamtenchaft in Betracht der Einnahme vorläufig zurückgestellt werden müssen. Die Gehaltsregelung der Geistlichen sei eine Selbstverständlichkeit. Die Vorlage müsse jedoch als möglich verabschiedet werden, um die Auszahlungen in kürzester Zeit zu ermöglichen.

Abg. Schmidt (A.) wendet sich dagegen, daß der Generalstaatsanwalt 90000 Mark Grundgehalt erhalten soll. Bei Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes habe man erklärt, daß durch die Einführung eines Generalstaatsanwaltes keine Mehrkosten entstehen. Mehrere bemerken, daß die Zulagen der anderen Beamtengruppen noch nicht einmal 100 Proz., in den oberen jedoch bis zu 300 Prozent betragen. Die Kommunistische Fraktion werde im Ausschusse Anträge stellen, damit auch die Beamten der Gruppen 1-7 Gehälter erhalten, von denen sie leben können. Die Einkürzung der Senatorengehälter in die Beamtenbefoldungsordnung sei eine große Unschicklichkeit. Seine Fraktion werde die Gehaltsentwertung für die Geistlichen ablehnen.

Abg. Mann (M. Z. P.) weist darauf hin, daß der niedrige Stand der Mark eine Gehaltserhöhung der Beamten notwendig macht. Die Grundzüge des vorliegenden Entwurfs könne die Unabhängige Fraktion sich jedoch nicht zu eigen machen. Bei der Beratung der Angelegenheiten für die Beamten habe seine Fraktion beantragt, daß der Staatsschatz 100000 Mark betragen müsse, um den Unterschied zwischen den hohen und den niedrigen Gehältern auszugleichen. In dem neuen Gesetz sei der Anstieg noch viel härter. Für den Senatpräsidenten werden 25000 Mark veranschlagt, das ist eine Zulage von 95000 Mark. An der 1. Stufe der Beamtenbefoldungsordnung beträgt die Steigerung nur 100 Mark, in der 12. Stufe jedoch 5000 Mark. Der Finanzsenator Wolfmann beantragt sogar eine

Gehaltserhöhung von 110000 Mark.

Die durchschnitliche Gehaltserhöhung der Senatoren beträgt 110000 Mark. Diese Zulagen betragen das Mehrfache der Gehälter der unteren Beamten. Der Freistaat hat unter derartigen Verhältnissen nicht liegen. Da die Senatoren schon nach der Vorgabe der Freistaatsverwaltung ein lebenslangliches Einkommen zu beziehen, wird die Befoldung der Bevölkerung unerschwinglich. Mehrere wendet sich dagegen, daß man die Angelegenheiten mit dieser Vorlage verknüpft. Die Unabhängige Fraktion lehne dieses Vorschlag ab.

Abg. Kuhnert (Folk.) erklärt, daß seine Fraktion für schleunige Verabschiedung der Vorlage eintreten werde. Der Senat müsse aber einmal prüfen, ob durch Verringerung der Zahl der Beamten nicht Einsparnisse erzielt werden können. Mehrere stellt fest, daß die Vorlage eine Mehrausgabe von 50 Millionen Mark erfordert.

Vizepräsident Dr. Niehm wendet sich gegen die Worte des Abg. Mann, daß das Gesetz Unschicklichkeit sei. Es sei in Einklang mit den Wünschen der Beamten und entspreche auch den Wünschen der Beamtenchaft. Bis zum 1. Januar würden dem Volkstage die Gesetze zur Deckung der Ausgaben vorgelegt werden. Die Einkürzung der Senatorengehälter in die Befoldungsordnung sei rechtmäßig, in den Auszahlungen werde es ebenso gehandhabt. Die Vorarbeiten zur Auszahlung der erhöhten Bezüge seien soweit gefördert, daß die Auszahlung sofort nach Verabschiedung des Gesetzes erfolgen könne.

Die Aussprache war damit beendet. Die Gesetzentwürfe werden dem Hauptausschusse überwiesen.

Gegen die gemeinsame Beratung des Gesetzentwurfes über die Ruhegehalt der Senatoren und über den Gesetzentwurf zur Abänderung der Verfassung erhebt der Abg. Mann Widerspruch und kritisiert mit heftigen Worten die Geschäftsführung des Präsidenten als parteiisch.

Präsident Dr. Voening wies die Vorwürfe zurück und erklärte, daß ein Beschluß des Hauses vorliege, die beiden Vorlagen zu verbinden. Von einer parteiischen Geschäftsführung könne keine Rede sein.

Die beiden Gesetzentwürfe gingen dann ohne Ansprache an den Verfassungsausschusse.

Es sollte alsdann die 3. Lesung des Gesetzes über die Kartoffelverforgung des Freistaates erfolgen. Abg. Mann (A.) erhebt dagegen Widerspruch, weil seine Fraktion die Vorlagen nicht rechtzeitig erhalten habe.

Abg. Gen. Nagroßki, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses trat ebenfalls für die Vertagung ein, weil die vorliegenden Drucksachen kein richtiges Bild der Sachlage zeigten. Es entschlief eine lebhaft geführte Debatte. Schließlich wurde die Sitzung vertagt, weil der Berichterstatter des Ausschusses nicht erschienen ist.

Gegen 5 Uhr verläßt sich das Haus auf heute nachmittag 3 Uhr.

Die Rentennot der Kriegsteilnehmer im Freistaat.

Die Kriegsschädigten im Freistaat sind sehr benachteiligt, denn sie müssen heute noch nicht, ob sie vom Januar an ihre Renten weiter erhalten, oder ob sie nach Deutschland auszuwandern gezwungen werden. Der Reichsbund der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen und der Internationale Bund der Kriegsschädigten u. H. berieten zu gestern Abend nach dem Vertreibungshause eine große gemeinsame Versammlung ein, die einen Protest gegen die Zurückhaltung gegenüber den Kriegsschädigten im Reich darstellte. Zu der Versammlung waren auch Vertreter der Behörden erschienen. Herr Korth vom Reichsbund hielt den einleitenden Vortrag. Er führte aus: Je weiter wir uns vom Krieg entfernen, desto leichter empfindet das Vaterland in Danzig die Kriegsschädigten. Den arbeitenden Kriegsschädigten werden die Renten als Lohn angerechnet und sie werden aus der Arbeit entlassen. Eine Firma zahlt einem Kriegsschädigten, der die Stelle einer weiblichen Hilfskraft verliert, wöchentlich nur 75 Mark. Auch die Behörden lassen in ihrer Fürsorge nach. In Posen ist eine Witwe, die 7 Jahre im Kriege hatte, von denen 4 geflossen sind. Sie erhält monatlich 17 Mark Grundrente. Die ganze einseitige Rentenverforgung ist derart ungelöst und unsicher, daß man gezwungen sein wird, nach dem Reich auszuwandern. Den Kriegsschädigten und den Hinterbliebenen werden von der Regierung im Freistaat große Schwierigkeiten gemacht, daß man annehmen muß, man werde die Kriegsschädigten Danzauer aus dem Freistaat hinausrufen. Die Arbeitslosigkeit unter ihnen ist groß. Man verlange, dem deutschen Rentenempfänger gleichgestellt zu werden. Seit 1919 wird die Kapitalbindung nicht mehr ausbezahlt. Die Abfindung der Kriegswitwen bei Wiederverheiratung beträgt im Freistaat nur 1000 Mark, im Reich 5 bis 7000 Mark. Das Krankengeld und die Hausbehandlung wird nicht gewährt wie in Deutschland. Gegen die Rentenregelung gibt es hier keine Berufung. 11000 Mark für einen Kriegsschädigten. Von dem letzten Termin der Einnahme trennen sich nur noch 4 Wochen. Dann müssen sich auch die Kriegsschädigten entscheiden. Über 1000 Schwerkrriegsschädigte laufen arbeitslos in Danzig umher. Zum Teil sind sie über ein Jahr arbeitslos und erhalten auch keine Erwerbslosenunterstützung. Die Organisation hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem auf 100 Arbeitskräfte mindestens ein Kriegsschädigter kommen soll. Seit vier Monaten hat der Senat auf diesen Entwurf nichts beantwortet. Die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen müssen sich selbst zusammenhelfen. Bis zum 1. Januar muß eine gesetzliche Regelung der Renten erfolgt sein. Nicht erfolgen die Zulagen der Renten noch verbleibenden Grundzüge. Danzig ist das einzige abgetretene Gebiet, in dem diese Regelung noch nicht erfolgt ist. Der Senat sagt, die Berliner Regierung hat schuld und wenn man nach Berlin kommt, so wird dort erklärt, daß, umgekehrt, die Danziger Regierung die Schuld trägt. Wir wissen unsere Rente gesichert haben. Wir sind im Vertrage des Deutschen Reiches in den Krieg gezogen und verlangen von diesem Lande unsere uns zustehende Rente. Wenn man uns vor zwei Jahren in Danzig erklärt haben würde, wir zahlen euch keine Rente, dann würden wir uns schon damals an den Völkerbund gewandt haben. Wir verlangen Entschädigung für Renten bis 8000 Mark und wer nur von der Rente lebt, soll überhaupt steuerfrei sein. Der Volkstag hat diesen Antrag abgelehnt. Es wird die Rente voll versteuert und dann noch voll auf den Lohn angerechnet.

In den Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, in der viele Klagen über unzulängliche Bezahlung erhoben wurden. Ohne Widerspruch wurde folgende Entschädigung angenommen: Die öffentliche Versammlung nimmt unter lebhaftem Protest davon Kenntnis, daß bis jetzt, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, die Frage der Rentenverforgung noch nicht gelöst ist. Die Danziger Kriegsschädigten konnten erwarten, daß rechtzeitig, vor Ablauf der Fristenfrist, ihre Rechte auf die eine oder andere Art festgestellt würden, um bis zum 10. Januar ihre weiteren Maßnahmen zu treffen. Aber, wie schon öfter, so hat auch hier das dankbare Vaterland uns im Stich gelassen. Als Anachronismus des einzigen abgetretene Gebietes, in dem die Rentenverforgung bisher noch nicht gesetzlich geregelt ist, fordern die Versammelten, daß über ihre wohlberechtigten Rechte sofort Klarheit geschaffen und das Reichsverforgungsgesetz eingeführt wird.

Ferner wird in der Entschädigung gegen die Verschleppung der Eingabe an den Senat auf Abänderung des Schwerbeschädigtengesetzes protestiert. Auch in der Steuerfrage ist auf eine Eingabe, Renten bis 8000 Mark steuerfrei zu lassen, noch keine Antwort erfolgt. Weiter wurde gegen die Zulassung des Munitionsdampfers Protest erhoben. Die Resolution lautet: „Sollte in den beiden erwähnten Punkten eine gesetzliche Regelung in absehbarer Zeit nicht erfolgen, so machen die Versammelten den Senat für alle Nachteile verantwortlich, die aus der weiteren Verzögerung entstehen. Die Versammelten haben sich bisher von Millionen irgendwelcher Art abhalten lassen. Sie werden jedoch nicht umhin können, bei der Weiterbau der gegenwärtigen Mängel die Öffentlichkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzuklären und ihr Recht anderweitig zu suchen. Die Versammlung erklärt sich einstimmig mit dem vom Reichsbund und Internationalen Bund bisher unternommenen Schritten einverstanden und beauftragt die Vertreter der beiden Organisationen, auch fernerhin die von ihnen für richtig befundenen Wege in der Sicherstellung der Rechte der Danziger Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen zu beschreiten.“

Ein Todesopfer mangelhafter Stellage. Auf der Danziger Werft fiel der Arbeiter Emil Pätzke, wohnhaft Mühlentafel, von der Stellage ins Wasser und ertrank. Ein mitberohrgefallener Kollege konnte rechtzeitig gerettet werden. Der Verunglückte hinterläßt Frau und Kind.

Aus dem Osten.

Vom Schiffsverkehr des Norddeutschen Lloyd. In die vom Norddeutschen Lloyd betriebene Linie Zwinemünde—Rostock—Tanzig wird am 1. Dezember d. J. der Dampfer „Grußgott“ wieder eingestellt werden. Das Schiff ist während seiner letzten Reisezeit nicht nur in den Salons, sondern auch auf dem geschlossenen Promenadendeck mit Dampfheizung versehen worden, so daß diese Räume auch während der Winterfahrten über See behaglichen Aufenthalt bieten. Rost- und Passierschiffen bestehen bei der Fahrt über Zwinemünde-Hafen nach Tanzig nicht. Neben einfachen Fahrkarten werden Schiffsrundfahrten zu ermäßigtem Preise mit obligatorischer Tätigkeit angeboten. Einwandfreie Inhaber dieser Karten benützen keinen Kofferraum. Es wird ihnen an Bord des Dampfers gegen Vorlage eines Lichtbildes ein Personalausweis unter maßstabiger Gebührenberechnung ausgestellt. Die Zollrevision findet während der Fahrt an Bord des Schiffes statt. Eine polnische Zollkontrolle besteht auf dem Seewege nicht. Nach Einführung des durchgehenden Tarifs zwischen Deutschland und dem Freistaat Tanzig können Fahrkarten nach Tanzig über Zwinemünde-Seewege nicht nur in den Reisebüros, sondern auch durch die amtlichen Eisenbahnfahrkartenausgaben bezogen werden. Auf dem Dampfer „Grußgott“ stehen den Reisenden während der Seefahrt zwischen Deutschland und Tanzig wieder eine Anzahl Bettplätze zur Verfügung. Ververkauf für die Bettplätze findet für die Reise von Zwinemünde nach Tanzig durch das Majutenbureau des Norddeutschen Lloyd, Berlin, Unter den Linden 1 (Hotel Wilson) statt, für die Reise von Tanzig beim Norddeutschen Lloyd, Niederlassung Tanzig, Hohes Tor, und bei der Vaktropa, Internationales Reise- und Verkehrsbureau, G. m. b. H., Grünes Tor, in Tanzig. Außerdem nimmt der Zollmeister des Schiffes Vorausbestellungen auf Kabinen und Bettplätze entgegen.

Die Munitionserlöse in Marzhan. Wir berichteten bereits gestern kurz über das furchtbare Unglück das in Marzhan drei Menschenleben vernichtet hat. Der Vorfall soll sich, wie wir angenommen werden kann, weil Augenzeugen nicht vorhanden sind, folgendermaßen zugefallen haben: Bei der Gesellschaft zur Verwertung von Seeresant, die dort eine Munitionszersetzungsstelle hat, waren drei Arbeiter damit beschäftigt, einen mit Sprengstoffen und Sprengpatronen gefüllten nach einem Munitionsaufbewahrungsraum zu transportieren. Dabei mußten sie infolge der durch den ernennten Frost eingetretenen Kälte gestolpert und gefallen sein und so wurde eine Explosion der Sprengstoffe herbeigeführt. Die drei Arbeiter blieben dabei ihr Leben ein. Es handelt sich um zwei Familienväter und um einen unverheirateten einzigen Ernährer seiner Mutter. Im ganzen sind drei Mitten Munition explodiert, glücklicherweise im Freien. Die Folgen wären größere gewesen, wenn die Explosion im Schuppen passiert wäre. Die Leichen der drei Getöteten blieben vorläufig auf derselben Stelle, an der man sie gefunden hatte, um der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zur Feststellung des Tatbestandes an Ort und Stelle zu geben. Wiederrum mußten also drei Menschen unter den Folgen des furchtbaren Krieges ihr Leben lassen. Wie lange noch werden solche Gefahren das Leben der arbeitenden Bevölkerung bedrohen?

Volkswirtschaftliches.

Der Rückgang des Fleischverbrauchs. Die amtliche Statistik über die Viehlachungen gewährt ein sehr betrübendes Bild von der Ernährungslage des deutschen Volkes. Wohl sieht man in den Fleischläden große Mengen von Fleisch- und Wurstwaren, die den Verbraucher zu der Annahme reizen könnten, daß

Deutschland in Fleisch schwimmen und daß seine Bevölkerung in der Lage sei, sich mit Fleischkost ausreichend zu versorgen. Dieser Schein trügt. In Wirklichkeit sind die Fleischmengen, die in den Läden aufgestapelt liegen, für die breite Masse der Bevölkerung infolge der hohen Preise nicht greifbar. Die amtliche Statistik über die Viehlachungen im zweiten Vierteljahr 1921 läßt das deutlich erkennen. Daraus geht hervor, daß die Schlachtungen der gewöhnlichen Schlachtviehtiere gegenüber denen des Jahres 1919 an Zahl ganz erheblich abgenommen haben. Dagegen ist die Zahl der Schlachtungen von Pferden und Stuten gestiegen. Nach der Gewichtsmenge der hauptsächlichsten Schlachtviehtiere ist ein enormer Rückgang gegenüber dem Jahre 1919 zu erkennen. Im ersten Halbjahr des Jahres 1921 wurden von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen, die geschlachtet worden sind, 11,60 Millionen Doppelzentner Fleisch für die Bevölkerung gewonnen. Am ersten Halbjahr 1921 betrug diese Menge nur noch 4,54 Millionen Doppelzentner oder mehr als 7 Millionen Doppelzentner weniger. Daraus wird ersichtlich, daß der Fleischverbrauch in der Jetztzeit nur noch knapp zwei Fünftel des Vorkriegsverbrauchs beträgt. Die Haushaltsbudgets der breiten Masse reichen also nicht mehr aus, um die notwendige Fleischmenge zu kaufen. Wenn man berücksichtigt, daß die wohlhabenden Kreise nach wie vor ihr gewohntes Fleischquantum zu verzehren haben, so muß man erkennen, daß das Mischen der kleinen Leute sich nur noch in ganz bescheidenem Ausmaß Fleischkost beschaffen kann.

Krise im englischen Schiffbau. Der Rückgang des Welt-handels hat einen armen Niedergang in der Schiffbauindustrie hervorgerufen. Neue Aufträge laufen sehr spärlich ein, ein Teil der früheren wurde annulliert. Nach Lloyds Register hat die Tonnage, die sich Ende September auf englischen Werften im Bau befand, im ganzen 2.288.000 Tonnen betragen, wobei die Arbeiten an 21.000 Tonnen vorläufig eingestellt und an 457.000 Tonnen verzögert wurden. In Wirklichkeit kann man also die sich im Bau befindliche Tonnage auf nur 2.035.000 Tonnen schätzen. Ende Juni betrug diese Zahl 2.351.000 Tonnen. Im deutschen wird die schwere Lage der englischen Schiffbauindustrie durch die starke Verminderung der Bauaufträge gekennzeichnet. Am 3. Quartal 1921 wurde im ganzen mit dem Bau von nur 51.000 Tonnen begonnen, gegen 69.000 im 2. Quartal, 99.000 Tonnen im 1. Quartal 1921 und 506.000 Tonnen im letzten Quartal 1920.

Auswandererchronik. Aus der portugiesischen Kolonie Angola sind kürzlich zwei Deutsche ausgewiesen worden — ohne Angabe von Gründen —, obwohl sie im Besitz aller vorgeschriebenen Papiere waren. Der Deutsche ist also noch immer vogelfrei. Argentinien- und Brasilienbesitzer. Ein Bureau Girnat in Amsterdam verspricht Bewerbern freie Überfahrt und Landarbeit in den genannten Gebieten — nach Einfindung von 10 Mark. Man kann sich das Bureau nicht mehr von sich hören. — In Kanada ist der Krieg gegen Deutschland noch immer nicht beendet. Durch allerlei schlaue Verwaltungsmaßnahmen drängt man die seit Jahren anwesenden Deutschen zum Lande hinaus oder macht ihnen sonst das Leben recht schwer.

Bedeutende Kapitalerhöhung des Lloyd. Der Norddeutsche Lloyd beschloß die Erhöhung des Grundkapitals von 250 Millionen Mark auf 600 Millionen Mark durch Ausgabe von 225 Millionen Mark Stammaktien und 125 Millionen Vorzugsaktien. Die Veranlassung zu der Erhöhung bildet die Notwendigkeit sich finanziell zu stärken, um angesichts der Preiserhöhungen an dem Bauprogramm festzuhalten.

Unserer Zeiten Schande. Wie vor einiger Zeit im „Matin“ zu lesen war, sollen während der ganzen Tagung der Abrüstungskonferenz in Washington bei den offiziellen Essen keinerlei alkoholische Getränke verabreicht werden. Freilich bleibt es den nichtamerikanischen Mitgliedern unbenommen, in ihrem Heim mitgebrachten Alkohol zu trinken. Die Amerikaner benutzen offensichtlich diese Gelegenheit, den ihnen verbundenen französischen Freunden nahezu-

legen, weniger Alkohol nach Deutschland zu schicken. Wie der Fleischwirtschaftsminister im Reichstag mitteilte, sind durch die Emser Einfuhrzölle innerhalb vier Monaten nach Deutschland widerrechtlich herbeigekommen, für 990 Millionen Wein, Champagner, Cognac, Visker! In ein Land, in dem täglich Menschen verhungern!

Aus aller Welt.

Krise in der Anhalter Metallindustrie. Die gesamte Metallarbeiterchaft Anhalts, insgesamt 14.000 Mann, steht vor der Aussparung. In der Metallwarenfabrik Niesler in Leopoldsdahl war die Arbeiterchaft wegen Entlassung eines Arbeiters in den Ausstand getreten. Der Verband anhaltischer Metallindustrieller teilt nunmehr mit, daß, wenn die Arbeiterchaft der Metallwarenfabrik Niesler bis zum 1. Dezember die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, die Verbandsbetriebe zur Aussparung der gesamten Arbeiterchaft schreiten würden. Zurzeit finden Verhandlungen statt.

Hungerstreik kommunistischer Attentäter. Am Wiener Untersuchungsgefängnis haben die beiden tschechischen Kommunisten Stankovic und Retic, die wegen Mitschuld an dem Belgrader Attentat auf König Alexander der erste von Serbien, als Terrorstrafe gegen die Nichtbewilligung der von ihnen nachgesuchten Freilassung die Nahrungsaufnahme verweigert. Von Belgrad wird die Auslieferung der beiden Kommunisten, die früher Abgeordnete waren, verlangt.

Aus Eifersucht erschoss in Schierholz bei Hannover der Arbeiter Koenemann den Arbeiter Clausen. Er brachte dann der Hauskammerin des Clausen, die von ihm mit Heiratsangeboten verfolgt waren war, mehrere Messerstücke bei. Darauf setzte er das Haus seines Schwagers, der ihn aus dem Hause gewiesen hatte, in Brand und erschoss sich selbst.

Schweres Bahnpoll-Unfall. Ein Abendpersonenzug Kren—Stettin ist vor Pölitz (Pommern) infolge Nebels auf einen Güterzug aufgefahren, wodurch der Bahnpollwagen sofort in Brand geraten ist. Zwei Bahnpollbeamte wurden schwer, zwei weitere leicht verletzt und sämtlich nach Stettin in das Krankenhaus überführt. Die Postkutsche ist bis auf einige Wertsendungen (die die gewöhnlichen Beamten unter Lebensgefahr noch geborgen haben) vernichtet worden.

Der Massenmörder Vanden wurde zum Tode verurteilt. Das Todesurteil erfolgte, nachdem die Geschworenen mit offenem Verstand zwei Mordmänner des Verbrechens der Mordmord und des Totschlags schuldig erklärt hatten. Der Gerichtshof beschloß Anwendung der Todesstrafe. Die Geschworenen unterzeichneten ein Begnadigungsgeheiß. In seinem Schlusswort erklärte Vanden er sei unschuldig.

Der Theaterbau in Bronklyn-Mennorff ist eingestürzt. Man glaubt, daß 25 Arbeiter den Tod gefunden haben.

In Italien ist der Streik der Buchdrucker beendet.

Bücherwarte.

„Das Problem der auswärtigen Politik.“ Eine Betrachtung der jetzigen Gezeiten und der besten Methoden, ihnen zu begegnen von Gilbert Murray. Nach der Ausgabe für Amerika aus dem Englischen überf. von Rufe Kauson. Mit einem Geleitwort von Karl Kauson. Preis kartoniert 12 Mark. Anlässlich des Abrüstungskongresses in Amerika wird es den Deutschen willkommen sein, ein offenes Wort über die englischen Politiker Murray über das Problem der auswärtigen Politik zu hören, das sich nicht nur auf die Kritik der englischen Regierung beschränkt, sondern auch nach Möglichkeiten sucht, die vom Kriege geschlagenen Wunden zu heilen. Verlag Dietz & Co. Nachf., Stuttgart.

Feuilleton.

Unter hundert nicht drei — — —

Ich fuhr in einem überfüllten Wagenabteil 4. Klasse eine kurze Strecke. Zunächst verhielt ich keinen der Redenden, deren Worte sich mischten wie Lärm eines Aufruhrs. — Karosfellen — Nebenkäufer — 80 Mark und mehr das Pfund — Preissturz — Käufer genug — Trinker — — —

Doch aber hatte ich einen Faden in der Hand. Der Mann in der rechten Ecke meines Wagenabteils sprach ja vom Trinken der Jugend — deutlich, Satz für Satz, hörte ich ihn nun.

„Wenn wir Alten mal auf der Straße taumeln oder gar ein Lied singen in der Trunkenheit, das ist nicht so schlimm, aber die Jugend läuft und raucht und hat keine Ehrfurcht mehr vor dem Alter.“

Und ein anderer: „Alles das war früher besser.“

Dagegen ein Halbbeamter: „Das ist Unsinn, verwechselt doch nicht die Realität. Alles ist geändert, durch uns selber.“

Der Erste: „Aber die Jugend ist seitdem verroht, läuft und raucht. Dagegen ist kein Einspruch zu machen.“

Nun war meine Zeit da. „Von welcher Jugend spricht Ihr? Von unserer Arbeiterjugend sicher nicht! Ihr müßt wenig von der Bewegung unserer Jugend wissen, wenn Ihr nicht mal darüber klar seid, daß gerade hier eine Veränderung zum Guten sich klar zeigt. Aber wer den Standpunkt hat: wir Alten können ruhig runter, ja laufen, für den betrunken sein und auf der Straße taumeln was wir wollen, jedoch von der Jugend, alle diese Schauer und Fahren, andere Wege, andere Zeiten verlangt, der ist wohl selber noch nicht von der Bewegung berührt. Ich kenne viele Jungen, die nicht nur die Jugend, sondern für ihre Mütter oder alten Eltern den Namen annehmen, ich kenne viele Jungen, die aus eigener Kraft nie rutschen, selbst in den Zeiten — — —“

Doch, einer sagt, einer im Fahrenschlagen zu mir: „Ihr

glaubt an die „neue“ Jugend, wie es scheint; kennt Ihr auch diesen oder jenen von der „neuen“ Jugend, die da nicht trinkt und raucht! Ich weiß von ihr, aber ich glaube nicht an sie, denn unter hundert sind nicht drei — — —“

Das weitere hörte ich nicht mehr — — —

In die stille Zierennacht ging ich hinaus. Und in mir war eine starke Freude. Ich hatte dieses Mal Recht. Unter hundert sind weit mehr denn drei — — —

Volte Möller.

Mein „Arbeiter-Kalender“.

Wenn jemand in mein Arbeitszimmer tritt, fallen ihm im Bücherregal 25 kleine grüne Bändchen auf.

„Was haben Sie denn da für eine Sammlung?“ so werde ich oft gefragt.

„Das sind meine Memoiren“, antworte ich dann wohl lachend, „denn darin steht seit dem Jahre 1895 alles, was ich geschrieben habe.“

„Unmöglich; 28 Jahre? Und das haben Sie durchgehalten?“

„Das habe ich, mit Hilfe des „Arbeiter-Kalenders.“ Ich greife ein Bändchen heraus. „Sehen Sie, am 1. Mai 1904 habe ich einen Vortrag über den 1. Mai in Nürnberg gehalten, am 28. August bin ich aus der Gefängnis gekommen, am 29. von meinem Richter gemahnt worden.“ Der Besucher lacht. Ich hole das Bändchen von 1899 heraus.

„Hier, an dem Tage wurde uns die erste Tochter geboren, hier sehen Sie alles, von dem Namen der Hebamme bis zur Stunde der Geburt.“ „Aber das ist ja ganz vorzüglich.“

„Besser noch ist die Statistik über Einnahmen und Ausgaben, da habe ich eine fortlaufende Kontrolle und ein persönliches wirtschaftliches Jahrbuch.“

„Dazu gehört aber doch eine große Energie, daß bald 30 Jahre durchgehalten.“

„Aber es macht sich gut bezahlt. Sie haben hier Ihr Gedächtnis. Ihr Leben gemüßigt und eingebunden vor sich liegen. Und Sie über etwas im Klaren, greifen Sie zum Kalender.“

Meine Frau ist ins Zimmer getreten.

„Zum Beispiel“, sage ich, sie lacht anstehend, „wenn meine Frau behauptet, ich sei früher öfter mit ihr ausgegangen und überhaupt viel lieber gewesen, dann greife ich meinen Kalender heraus und beweise ihr schwarz auf weiß, daß dies nicht stimmt. Sehen Sie hier diese Kreuze?“

Der Besucher nickt.

„Nun, jedes dieser Kreuze bedeutet . . .?“

„Aber meine Frau läßt mich nicht weiter reden — sie sagt: „Ich beschwer mich doch gar nicht, leg doch den Kalender weg.“

„So ist alles im Handumdrehen bewiesen. Aber das beste ist doch die Fülle von Stoff in den Kalendern. So finden Sie für 1922 einen höchst zeitgemäßen Aufsatz vom Genossen Knoll über das „Stellungswesen“, sowie auch eine Würdigung der Kulturbestrebungen der Arbeiterchaft. Der gewerkschaftliche und politische Teil ist wesentlich ausgebaut worden. In großen, eindrucksvollen Ziffern tritt überall die Fortentwicklung der Verbände des deutschen und internationalen Proletariats hervor. Neu ist in diesem Kalender ein gut durchgearbeiteter politischer und wirtschaftlicher Teil, der von den furchtbaren Folgen des Krieges und dessen ungeheuren Missetaten, von der alles überschwellenden Vorkriegsschuld und dem Sinken des Nationalvermögens, von dem erschreckenden Wahnsinn der Volksverschuldung und dem larmenartigen Aufschwollen der Lebensmittelpreise handelt. Das sind Ziffern von durchschlagender, agitatorischer Kraft. Ziffern, die jeder Genosse im politischen Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse haben muß. Das Abrechenmaterial aus Partei und Gewerkschaft ist ebenfalls bedeutend erweitert. Der „Arbeiter-Kalender“ erscheint sonach unentbehrlich für männliche und weibliche Arbeiter, Angestellte, Beamte. Sein handliches Format und der geschmackvolle, feste Einband macht ihn zum idealen Gebrauch geeignet.“

Mein Besucher ist nun überzeugt, daß ein solcher Kalender unentbehrlich ist, er geht hin und kauft sich ihn für 4,50 Mk. in der Parteibuchhandlung.

Danziger Nachrichten.

Die Regelung des Eisenbahnverkehrs im Hafen.

Der Hafenausschuss und die polnische Eisenbahnverwaltung haben folgende Vereinbarungen getroffen:
Der Ziffenverkehr, die Lagerung der Güter im Hafen, sofern sie nach den geltenden Gesetzen nicht zur Ablieferung der Eisenbahn gehört, und die Vergabe und Verdingung der Umschlagsvorrichtungen fallen in den Wirkungsbereich des Hafenausschusses.

Die polnische Eisenbahnverwaltung bestimme den Eisenbahnbetrieb und den Eisenbahnverkehr auf dem gesamten im Eigentum des Hafenausschusses stehenden Eisenbahnnetz. Hierzu gehört auch die Zustellung und Abholung der Eisenbahnwagen nach und von den Schiffsladungen, Lagerflächen, Lagerplätze usw. Die Verdingung der Umschlagsvorrichtungen und der sonstigen Vorfälle ist ebenfalls Sache der polnischen Eisenbahnverwaltung. Die polnische Eisenbahnverwaltung wird auch bei Wagenmangel den Wagenbedarf für den Hafenumschlagverkehr tunlichst voll, jedenfalls vorzugsweise vor anderen Anforderungen decken. Der Wagenbedarf für den übrigen Verkehr im Bereiche des Hafenausschusses wird bei Wagenmangel mindestens in der gleichen Höhe wie im polnischen Staatsgebiet gedeckt.

Der Hafenausschuss und die polnische Eisenbahnverwaltung werden Anordnungen treffen, daß der Hafen- und Eisenbahnverkehr sich laglos abwickelt. In diesem Zweck werden sie in betreff des beiderseitigen Benehmens gleichlautende Anweisungen für ihre Bediensteten festlegen.

Die drückende Abgrenzung des Tätigkeitsbereiches der Hafen- und der Eisenbahnverwaltung soll an Ort und Stelle demnächst erfolgen.

Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Der Metallarbeiterverband schreibt und: Bekanntlich haben die in der Metallindustrie tätigen Gewerkschaften auf Verzicht der Arbeiter auf der ganzen Linie für rund 11.200 Arbeiter Forderungen gestellt auf Erhöhung der Grundlöhne um 4, 2, und 1, — Mf.

Die Danziger Werft und die Kriegerische Werft haben in zweimaligen Verhandlungen, am 21. und 22. November, ein Abkommen gemacht, im Sinne der sozialen Entlohnung, und zwar sollen alle Verheirateten pro Stunde 40 Pfa. und pro Stunde und Kind bis 14 Jahre weitere 40 Pfa. ab 1. Dezember d. J. als Zulage erhalten. Die Werft erklärte hierzu, daß sie durch diese Zulage die allgemeine Forderung als nicht erledigt ansieht, weil sie als Einzelunternehmer sich nach der Stellungnahme der allgemeinen Arbeitgeberkassen richten muß. Sie will vielmehr ihren Arbeitern vor Entscheidung dieser Lohnforderung besondere Zulagen geben, was in der genannten Art geschehen soll. Die Gewerkschaften haben dieses Angebot als Entlohnung der Lohnforderungen abgelehnt. Die Werft wird nach ihrer Stellungnahme zu urteilen, wahrscheinlich aus freiem Entschluß außerhalb des Tarifs und außerhalb dieser Lohnforderung die Kinder- und Frauenzulage einführen.

Der Verband der Metallindustriellen Danzigs hat für seine Verbandsmitglieder es abgelehnt, die Lohnforderungen der Arbeiterkassen auch nur an seine Firmen weiterzugeben. Er betrachtet Lohnforderungen als eine Angelegenheit der einzelnen Firmen und der Arbeiterkassen und hält aus diesem Grunde Verhandlungen zwischen den Verbänden für überflüssig.

Die Schmiedelinnung zu Danzig wiederum rät den Gewerkschaften, auf den sozialistisch orientierten Senat den notwendigen Druck auszuüben, damit er den Wucher und die Teuerung beseitigt. Sie meint also, daß die Gewerkschaften die Lohnforderungen in Form einer Abkündigung der Verbandsmitgliedschaft ausüben müssen.

Die übrigen unorganisierten Unternehmer erklärten, daß sie das tun, was die anderen Großfirmen machen.

Nach dieser verhältnismäßig rasch erfolgten Antwort der Unternehmer bleibt den Arbeitern nur noch der Weg des Schlichtungsausschusses offen, der sofort angerufen worden ist. Von seiner Stellungnahme wird es abhängen, welchen Verlauf und Auswirkung die Lohnbewegung der Danziger Metallarbeiter haben wird. Die Konjunktur ist in der Metallindustrie jetzt und für die kommenden Monate eine gute. Würden die vielen Überstunden, die in den meisten Werken leider gemacht werden, beseitigt, so bräute die Erwerbslosenfrage für die Metallarbeiter keine Unterstützung mehr finden. Es besteht sogar die begründete Befürchtung, daß an qualifizierten Metallarbeitern in nächster Zeit ein starker Mangel eintreten wird.

Die Arbeiterkassen sind auf die unvermeidlichen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern einzurichten.

Wirtschaftsbeihilfen im Handelsverkehr.

Gestern in den frühen Abendstunden ist zu dem bestehenden Tarifvertrag für den Groß- und Kleinhandel in Danzig eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher den Angestellten neben dem Gehalt bis spätestens den 10. Dezember d. J. eine Wirtschaftsbeihilfe zu zahlen ist. Diese Wirtschaftsbeihilfe beträgt:

Für verheiratete männliche Angestellte mit einem oder mehreren Kindern 1200 Mark; für verheiratete männliche Angestellte ohne Kinder und Witwen mit nur einem Kind 900 Mark; für männliche Angestellte vom 7. Berufsjahr ab 700 Mark; für weibliche Angestellte vom 7. Berufsjahr ab 600 Mark; für männliche Angestellte vom 4. bis 6. Berufsjahr ab 550 Mark; für weibliche Angestellte vom 4. bis 6. Berufsjahr ab 450 Mark; für männliche und weibliche Beihilfegänger 200 Mark.

Ausschließend hat auf die Gewährung der Wirtschaftsbeihilfe keinen Anspruch. Die übrigen Sätze sind Mindestsätze. Es wird den Arbeitgebern jedoch empfohlen, höhere Beihilfen zu gewähren. Auf die bestehenden Beihilfen sind Zulagen anzurechnen, die seit dem

1. November d. J. als Ausgleich für die Teuerung gewährt worden sind. Der Verein der Buchhändler hat sich diesem Abkommen nicht angeschlossen.

Eine neue Kulturschande des Senats.

Die mitgeteilt wird, hat der Senat das Gnadengebot für den zum Tode verurteilten Arbeiter Senz aus Wesenthal abgelehnt. Senz, der im Kriege einen Kopfschuß sowie eine schwere Nervenzerrüttung davongetragen hat, verübte bekanntlich einen Raubmord an dem Besitzer Engler. Das Schwurgericht verurteilte ihn unter Verlesung aller Schuldfragen zum Tode, obwohl durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß Senz vor dem Kriege ein solider, tüchtiger Mensch gewesen ist, der erst aus dem Kriege vollkommen verändert zurückkehrte. Dennoch fanden sich Richter, die dieses bedauernde Opfer des Kriegswahnsinnigstaltberzogs dem Henker überantworteten. Daß auch der Senat ohne jede menschliche Regung über diesen Ungeheuerlichen Fall bricht, liegt ja in dem Rahmen seiner bisherigen Politik, die die Armen schuldig werden läßt und sie dann der Pein überantwortet. Sicherlich wären S. trotz seiner schweren Verwundungen — er ist nebenbei erwähnt auch mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet — nicht schuldig geworden, wenn er eine materiell ähnlich gesicherte Stellung vorgefunden hätte, wie sie unsere jetzigen Senatsmitglieder während des Krieges innegehabt haben. Haben die Mitglieder des Senats, als sie die Entscheidung über Tod und Leben des Unglücklichen fällten, nicht an einen, der sonst in ihren Kreisen gepflegten Mitleidsprüche gedacht, der da lautet: Nichtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet?

Sturz des Dollars.

Auf der heutigen Börse gaben die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel stark nach. Die Kurse waren stark schwankend und steter rasch. Bei Notationsstich stand der Dollar auf 200, Polenmarken auf 5,90.

Die neuen Lohnsätze im Handelsgewerbe.

Nach längerer Zeit sind endlich für das Handelsgewerbe die neuen Lohnsätze zustande gekommen. Am Sonntag, d. 26. d. Mts., fanden zwischen dem Bund der Arbeitgeberverbände und den beiden Transportarbeiterverbänden Verhandlungen statt.

Im großen Saal des Josephshauses laute gestern eine sehr gut besuchte Versammlung sämtlicher Handelskammermitglieder. Nach einer ausgiebigen sehr lebhaften Aussprache wurde schließlich mit Mehrheit das Angebot der Arbeitgeber angenommen, trotzdem es der heutigen Teuerung noch lange keine Rechnung trägt. Die neuen Lohnsätze ab 1. 12. 21 betragen für die Hausdiener, Lagerarbeiter, Vaniburgen, Packer usw.

im Alter von	männlich	weiblich
14—15 Jahren	60 Mk.	50 Mk.
15—16 "	80 " "	60 " "
16—17 "	110 " "	80 " "
17—18 "	140 " "	110 " "
18—20 "	190 " "	140 " "
20—21 "	225 " "	165 " "
über 21 Jahre	300 " "	195 " "

Die neuen Lohnsätze sind bereits diese Woche zu zahlen. Für die mit schweren und schmutzigen Arbeiten beschäftigten Gruppen, wie Eisenhandel, Farben, Kolonialwaren und Weinhandlungen tritt hieran eine weitere Zulage von 20. — Mark pro Woche. Außerdem für Antiker 20. — Mark pro Woche Extrazulage. Die Löhne sind Wochenlöhne, sie beziehen sich auf sechs Arbeitstage, wobei für die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage kein Lohnzahlung gemacht werden darf. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß diese Lohnsätze auch Nichtsichtigkeit haben für sämtliche Weinhandlungen.

Die neuen Preise im Fernverkehr.

Die neuen Fahrpreise im Fernverkehr, die am 1. Dezember in Kraft treten, werden nach folgenden Einheitsätzen gebildet werden. Es kostet der Kilometer: in der 1. Klasse 17 Pfa., in der 2. Klasse 15 Pfa., in der 3. Klasse 13 Pfa., in der 4. Klasse 11 Pfa. Vorher betrugen die Fahrpreise in den vier Klassen 13, 10, 8,5 und 7 Pfa. für den Kilometer. Die Erhöhung beträgt 30 Prozent.

Außer den Fahrpreisen für gewöhnliche Züge (Personen- und Güterzüge) sind auch die Schnellzugzuschläge entsprechend gesteigert. Sie betragen für eine Entfernung bis 75 Kilometer 5 Mk. in dritter und 10 Mk. in zweiter und erster Klasse. Für eine Fahrt von 76 bis 150 Kilometer Entfernung das Doppelte, für weitere Entfernungen das Dreifache dieser Sätze. Das bedeutet, daß der Schnellzugzuschlag für größere Reisen 15 Mark in dritter und 30 Mark in zweiter Klasse kostet gegen 12 und 24 Mark früher. Die Erhöhung beträgt somit 25 Prozent.

Erhöht sind ferner die Preise für die Beförderung von Militär, Bundes, Reisegepäck und Expressgut. Der Soldat muß ab 1. Dezember 6 Pfa. für den Kilometer bezahlen gegen 4 Pfa., jetzt also 50 Prozent mehr. Eine Bundesfahrkarte kostet künftig so viel, wie früher eine Fahrkarte vierter Klasse, also 19 Pfa., gegen 10 Pfa. bisher. Für Reisegepäck liegt der neue Tarif noch nicht vor. Expressgut kostet 80 Prozent mehr, für 10 Kilometer 48 Pfa. gegen 30 Pfa. früher.

Die neuen Fahrpreise der Reichsbahn sind in der 1. und 2. Klasse rund 85 Prozent, in der 3. Klasse rund 90 Prozent, in der 4. Klasse rund 110 Prozent der ehemaligen Normalfahrpreise, die noch bis 31. März 1918 gegolten haben.

Ueber die 80 prozentige Mieterhöhung haben nicht die Mieter des Mietseignungsamtes verhandelt, sondern der Ausschuss zur Festsetzung der Höchstgrenze für Mietsteigerungen hat dazu Stellung genommen. Die Steigerung der Kosten für die Aufrechterhaltung der städtischen Ver-

hältnisse beträgt auch nicht 80 Prozent, sondern 54 Prozent. Bei den Verhandlungen stellte sich der Wohnungsmann Brenner auf den Standpunkt, daß die Arbeiter infolge der hohen Löhne, die von den Hausbesitzern verlangte Mieterhöhung tragen könnten. Der deutschnationale Stadtrat forderte 2 Heller für die bezeichnende Mieterhöhung, daß bei Mieterhöhung der geforderten 140 prozentigen Mieterhöhung viele Häuser an Polen verkauft werden. An der Aussprache wurde u. a. festgestellt, daß die Mieterhöhung ertragen hat, daß trotz der Einschränkungen der Wert der Gebäude um das Doppelte gestiegen ist.

Zur Einstellung des Autobahnverkehrs nimmt der Senat in einem langen Schreiben nochmals Stellung und weist den Vorwurf zurück, daß der Senat die Straßenunterhaltungsarbeiten auf die Gesellschaft abzuwälzen beabsichtige. Die Autobahngesellschaft solle nur die Mehrkosten für Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der Straßen tragen, die etwa 250.000 Mk. betragen. Von diesem Grundsaatz könne der Senat nicht abgehen. Die in Aussicht stehende Besprechung der Angelegenheit im Volkstag wird hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnis für beide Teile führen.

Schwurgericht angeschlossen. Da für die Schwurgerichtssitzung, die am Montag beginnen sollte, nur ein bis zwei Zuhörer vorhanden sind, fällt diese Sitzung ganz aus.

Der verschwundene Pelt. Der Zivilsenat des Obergerichts hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob eine Werdensperson für einen Pelt haften, der bei ihr abgegeben wurde. Ein Kaufmann brachte das Danziger Stadttheater und gab in der Garderobe einen Pelt im Werte von 15.000 bis 16.000 Mark ab. Als er nach Schluß der Vorstellung den Pelt wieder annehmen wollte, war er verschwunden. Der Peltbesitzer klagte gegen den Kaufmann, der für die Werdensperson haften sollte, auf Schadenersatz. Das Landgericht erklärte den Schadenersatzanspruch für gerechtfertigt. Der Kaufmann legte Berufung ein. Das Obergericht wies die Berufung zurück und erklärte in der Urteilsbegründung, daß die Stadt für die in der Garderobe des Theaters abgegebenen Kleidungsgegenstände auf Grund entgeltlichen Verwahrungsvertrages nach § 888 H. R. G. B. haften.

Schwer verletzt aufgefunden. Am 29. November 1921, nachmittags 5 1/2 Uhr, wurde auf der Straße in St. Nikolai von einem Beamten der Schnupfpolizei ein Mann aufgefunden, der vermutlich mit einem Auto überfahren ist. Er hat schwere Verletzungen am Kopf und Unterleib davongetragen. Er wurde durch den Beamten mittels Sanitätswagen zum städtischen Krankenhaus transportiert. Es handelt sich um den Arbeiter Friedrich W., wohnhaft in Wüchensgraben.

Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

5. Bezirk. Heute abend 7 Uhr: Diskussionsabend beim Gewerkschafts-Schmidt, Langfuhr, Michener Weg 52.
11. Bezirk (Wendel). Am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, im Restaurant Schönwiese, Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag (Gen. Volkmann); 2. Vortragsabend des Gen. Althaus „An der Donau“; 3. Wahl eines Delegierten zur Vertreterversammlung; 4. Verschiedenes.

Danziger Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Danzig.
Abend! (Geführer) Sonntag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Mutterherberge, Branchenversammlung.

Standesamt vom 1. Dezember 1921:

Todesfälle. T. d. Schlossers Albert Wener, 9 Tage. — T. d. Feuerwehmanns Gustav Hohenstein, 1 J. 2 Mon. — Eisenerbeiter Walter Juras, 14 J. 2 Mon. — Schlosser Adolf Böhm, 32 J. — Witwe Johanna Schmidt geb. Wiebke, 79 J. 5 Mon. — Direktor Friedrich Seel, 50 J. 4 Mon. — Rentier Hermann Vertus, 79 J. 4 Mon. — Unbekannt 1 E. und 1 S. totgeboren.

Aus der Geschäftswelt.

Das Berliner Kaufhaus, Reichsstraße 88, am Vorstädtischen Graben empfiehlt für den Weihnachtsschick Mantel, Kleider, Blusen, Röcke, Strickwolle sowie sonstige Unterwäsche in hervorragenden Qualitäten zu annehmbaren Preisen, trotz der momentanen Preissteigerung. Die Beschäftigung der Schaufensteranlagen ist empfehlenswert. Näheres im heutigen Interimsteil.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Nuzl. —)	5,90	am Vortage 7,50
Dollar:	200	272
Engl. Pfund:	800	1095
Frank. Franken:	14,45	19,10
Schweiz. Franken:	41,40	52, —

Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hähnergasse 8.

Wasserstandsberichte am 1. Dezember 1921.

	29. 12. 30. 11.		29. 12. 30. 11.
Bawisch	+ 0,55 + 0,48	Montauerspiege . . .	- 0,44 - 0,52
Warthau	+ 0,78 + 0,30	Pieckel	- 0,24 - 0,28
Pieck	+ 0,93 + 0,98	Dirschau	- 0,51 - 0,61
	30. 11. 1. 12.	Einlage	+ 2,04 + 2,92
Thorn	+ 0,89 + 0,69	Schleichenhorst . . .	+ 2,20 + 2,14
Berdou	- 0,41 - 0,20	Schönau D. P.	+ 6,22 + 6,06
Calu	- 0,31 - 0,20	Walgenberg D. P. . . .	+ 4,70 + 4,70
Wartburg	+ 0,34 + 0,44	Neuhorscherbach . . .	+ 0, — 0, —
Am Stach	- 0,12 - 0,52	Am Stach	+ 0, — 0, —

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für literarische Bruno Gwert in Lissa. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr:
Dauerkarten A 2.
Die Fahrt ins Blaue
Einführung in 3 Akten von Gaston de Caillanet, Robert de Fless und Etienne Ren. Szentische Beilung: Heinz Brede. Inspektion: Emil Werner.
Braf d'Eguzon Felix Brede
Präfin d'Eguzon Frieda Regnald
André d'Eguzon Lothar Bähring
Frau von Trebille Jenny von Weber
Helene von Trebille Marga Lewinski-Lichtenstein
Valentin le Parroyer Erich Strieck
Marquis de Bangeher Fritz Blumhoff
Serignan Rudolf Schwanneke
Frau Serignan Martha Kaufmann
Dr. Palmbrade Carl Kiewer
Chartrain Ferdinand Neuert
Frau Chartrain Joh. Proft-Wasselske
Frau von Berce Rita Alice Beymar
Jeanne von Berce Erika Fels
Frau von Marchant Pola Paalch
Frau Wertheimer Stella Boelke
Frau von Cambes Herma Weninger
Frau Elguera Minnie Wehrle
Frau Desnigueres Annie Scharschinski
Therese Erna Lenfer
Hermine Jilke Harber
Fouques Gustav Nord
Didier, Diener Adalbert Gausche
Nem, Gepäckträger Eud. Prentzloff
Jeanline Frieda Werner
Eilse, Kammerjofe Selma Nagel
Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2. „Das Mädchen des Eremiten“. Romische Oper.
Sonntags, abends 6 Uhr: Dauerkarten C 2. Ermäßigte Preise. „Wilhelm Tell“.
Sonntag, vormittags 11 Uhr: Zehnte (literarische) Morgenfeier: Wilhelm Osmankowski. „Aus eigenen Dichtungen“.

Nur für die innere Stadt!
Bolksvorstellung im Stadttheater
am Sonntag, den 4. Dezember, nachm. 2½ Uhr:
Potafch und Perlmutter
Komödie in 3 Akten von M. Glas und C. Klein.
Verkauf der Eintrittskarten am Freitag, den 2. ds. Mts., 8 Uhr morgens wie bekannt. 15635

Wilhelm-Theater
vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann
Morgen, Freitag, den 2. Dezember, abends 7½ Uhr
Kasseneröffnung 6 Uhr.
„Zwangseinquartierung“
Sonntag, den 4. Dezember:
Der Graf von Luxemburg
Montag, den 5. Dezember, abends 6½ Uhr:
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Zweites und letztes Gastspiel von **Max Pallenberg.**
Der Herr Minister
Komödie in 4 Akten von Schirmer.
Die Vorstellung geht ohne jede Kürzung in Szene.
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. 15510
„Libelle“
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

KK B Kleinkunstbühne
Ab 1. Dezember täglich
Das glänzende
Dezember-Programm:
Endrikat - Enid Holgers
Victor Falk
Bohemien
Ein Intermezzo von F. Endrikat mit
Enid Holgers und Endrikat.
Regie: Victor Falk.
Paul v. Reitzensstein
Bariton
Texas Bill
Stepdancer
Betty Frend
Vortragskünstlerin
Yvone u. Serli
Tanz
Bianchi
Vortragskünstlerin
Täglich ab 4 Uhr
Nachmittags-Tanz-Tee
mit Tanz-Vorführungen!
Kapelle: Adami.

Künstlerspiele
Hotel Danziger Hof
Dir.: Alex Brauns Konferenz.: Herrn. Lauritzen
Das Weihnachts-Programm!
5 Orloff's Hans Wienert
komische Akrobaten Komiker
John Hamilton Anni Klemchen
komisch. Malakt Soubrette
5 Merry-Medals 2 Rämblers
Zimmermann- Jongleurak.
hallett
Elisabeth Klüssner Joe und Eva Tarren
mit ihrem Partner Stepiänzer
Ott. Sorosola
Splendit und Partner
Kollschubakt in höchster Vollendung.
Maria Warhuus
Solotänzerin d. Kgl. Theaters Stockholm.
Tägl. Vorst. 8 Uhr Sonntags 2 Vorst. Nachm. 4 Uhr
KÜNSTLERDIELE
Die Original Wiener Schrammeln
American Bar! Stimmung!

Reichshof-Palast
Danzigs vornehmstes Weinhaus u. eleganteste Bar
Ab 1. Dezember täglich zum 4-Uhr-Tanztee:
Ly Estra und Fred, mondänes Tänzerpaar.
Stadtgespräch Danzigs Abends: Stadtgespräch Danzigs
Victor Ritter
der populäre Berliner Humorist mit 2 neuen Schlagern
Ludwig Herold
mit Partnerin in seinem Sketsch
Der verliebte Oberkellner
Ly Estra und Fred **Lilli Pallinger**
mond. Tänzerpaar mit ganz neuem Repertoire
Palast-Kapelle Wenz
Salon- und Jazz-Band-Orchester — 8 Solisten
Ab 7½ Uhr: **SOUPERS** und à la carte. 15646

Grosser Weihnachtsverkauf
Mäntel aus guten, festen Stoffen, sehr fesche Macharten, offen und geschlossen zu tragen, mit Gürtel . . . 325.-, 135.-, **85.-**
Kleider aus Popeline, in schönen Farben, mit plissiertem Rock blau Chiviot, mit reichhaltiger Stickerei, Schottenmuster 275.-, 190.-, **135.-**
Röcke 79.- 28.- 65.-
Blusen 85.- 39⁷⁵ 48.-
Besonders preiswert:
Handschuhe für Herren, Damen und Kinder, in Trikot, gefüttert und gestrickt. **Reformhosen** in Trikot und Barchent. **Barchent-hemden** für Männer, Frauen und Kinder. **Schürzen** in nur erstklassigen Qualitäten, große Formen. **Männer-Pelzhemden**, sehr stark, in weiß, hell gefüttert. **Männer-Strickwesten**, extra starke Qualität. **Damenstrümpfe** in reiner Wolle, wie selbst gestrickt, sehr weich. **Kinderstrümpfe**, 2/2 gestrickt, sehr stark, in allen Größen. **Männersocken** in reiner Wolle und Halbwolle. **Strickwesten** für Frauen, mit und ohne Ärmel. **Sweater, Schals, Taschentücher, Hosenträger.**
Strickwolle
in schwarz, braun, grau, sehr weiche Qualität.
Berliner Kaufhaus
Fleischergasse 88, am Vorstädt. Graben.
Mein Geschäft ist durchgehend von 8-6 Uhr geöffnet.

Schützenhaus.
Dienstag, 6. Dezember, abds. 7½ Uhr
Gemeinverständlicher Vortrag
Die neuesten Ergebnisse der Spezialforschung über
die willkürliche Hervorbringung des Geschlechts
Knabe oder Mädchen
nach Wunsch und Wahl der Eltern sowie über das Thema
Die Verjüngung der Frau
und ihre ärztliche Behandlung in den Wechseljahren
gehalten von dem
Spezialforscher der Gynäkologie
Carl Ludwig Marcussen
Bad Pyrmont 19637
Nach dem Vortrag unentgeltliche Diagnostizierung der hoffenden und jungen Mütter, Angabe des Geburtsausfalles in jedem Stadium durch Berechnung.
Unverh. unt. 18 Jahr, haben keinen Zutritt.
Karten zu Mk. 12,50, 10.-, 7,50 (num.) Stiepl. 5.- bei Hermann Lau, Langgasse 71 u. a. 4. Abendkasse

Alt-Eisen, Alt-Metalle
kauft dauernd zum höchsten Tagespreis 15645
Fa. E. H. Heinrich,
Inh.: Ch. Ludwig,
Pferdetranke 13.
Snupfer, Messing, Blei, Zink usw.
kauft zum Tagespreis 14900
Arndt, Junkergasse 8, Pfefferstadt 31.
Maschinenschreiben
auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurse
Otto Siede, Neugarten 11, I

Nicht zu viel
und nicht zu wenig
aber immer
„Rotfroschkönig“
Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder.
Alleinhersteller: Warner & Mertz A.-G. Mainz. 15640

Sporthalle
Gr. Allee **DIELE** Telef. 706
Inhaber: Reinhard Bahlig
Täglich 4½ Uhr nachmittags
KÜNSTLER-KONZERT
Emil Wehrhahn, Repräsentant
Künstlerkapelle Herbert Schrammeln
Mocca. Kein Weinzwang. Edle Biere 15639

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 15639
Ab heute nur bis einschließl. Sonntag!
Beginn des „großen Original amerikanischen Wild-West-Episoden-Films!“
Mit Büchse und Lasso!
6 Episoden. 34 Akte.
1. Episode: **Heißer Boden** 6 Akte.
im Rahmen prachtvoller Naturaufnahmen im Urwald, den weiten Steppen Amerikas und den zerklüfteten Bergen Kaliforniens spielen sich wilde Reiterkämpfe der **Original-Cowboys**, sensationelle Verfolgungen u. atemberaubende Sensationen ab.
Wer den ersten Film gesehen hat, wird keinen der übrigen versäumen!
ferner:
Marionetten des Teufels!
Das Abenteuer eines Verwegenen in 5 gr. Akten mit Erika Glädner in der Hauptrolle.
und
„Nobody“ 9. Episode:
Die rächende Hand!
Eintrittspreise: 3.00 Mk. bis 5.00 Mk.
Spielzeit bis 11 Uhr abds. Letzte Vorstellung 9 Uhr.

Danziger Zitherklub
Dir. Paul Grenwald
Sonabend, den 3. Dezember 1921
abds. 7½ Uhr, im Gesellschaftshaus, Hinterg. 16
Zither-Konzert
mit nachfolgendem Tanz
Zitherfreunde u. -Gönner ladet herzlichst ein.
Eintritt 5 Mk. 15635 Der Vorstand.

Tuch-Handlung
verbunden mit 15546
Herren - Maßschneiderei
Emil Schultz
Danzig, Schmiedegasse 9
bisher Heil. Geistgasse 112.

Wir empfehlen die vorzügliche
Stavenstein-Karte
vom
Freistaat Danzig
Preis 7.20 Mk.
Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.